

Die Antwort des Kaisers Wilhelm hatte den folgenden Wortlaut: „Die erhabenen, von Eurer Majestät gesprochenen Worte werden immer in meinem ebenso tiefbewegten als dankbaren Herzen wiederhallen. Diefelbe Dankbarkeit kommt dem freundschaftlichen Empfange entgegen, dem ich bei Eurer Majestät begegne und den ich in Ihrem Reiche gefunden habe. Die von Eurer Majestät ausgebrachten Gefühle und Wünsche sind die meinigen. Gott wolle sie erhören zum Glücke unserer Völker und für den europäischen Frieden.“

Die „Spen. Ztg.“ fügt an die Toaste nachstehende Bemerkung an: „Es wird sich aus diesen über die bei solchen Anlässen übliche Courttoisie weit hinausgehenden Worten unschwer herauslesen lassen, daß auch dieser Besuch eine Befestigung des europäischen Friedens und damit zugleich der jetzigen Machtverhältnisse zur Folge haben wird. Weitere Combinationen in dieser Beziehung scheinen uns so überflüssiger, als die Thatfache an sich selbst eine der bedeutungsvollsten seit der Neubegründung des deutschen Reiches genannt werden muß.“

Die „Gemanian“ veröffentlicht das Rundschreiben der in Jula da versammelt gewesenen deutschen Bischöfe an den Clerus und sämtliche Gläubigen ihrer Diöcese, welchem wir nachstehende prägnante Stellen entnehmen:

„Noch haben die gedachten Vorlagen (— die von beiden Häusern des preussischen Landtages angenommenen kirchlichen politischen Gesetzentwürfe —) keine Gesetzeskraft: — was immer aber kommen mag, wir werden mit der Gnade Gottes die in unseren Denkschriften entwickelten Grundsätze, die nicht die unserer, sondern die des Christenthums und der ewigen Gerechtigkeit sind, standhaft und unerschütterlich verteidigen und unsere Pflichten so erfüllen, daß wir in der Stunde unseres Todes vor dem Richterstuhle des göttlichen Hirten, der uns gesendet, und der sein Leben für die Seinen hingegeben hat, nicht als Miethlinge verworfen werden.“

Eingedenk des apostolischen Wortes, daß der h. Geist die Bischöfe eingesetzt hat, die Kirche Gottes zu regieren, die er mit seinem Blute erkaufte hat, daß es demnach unsere unverbrüchliche Pflicht ist, dieser Anordnung des h. Geistes getreu nachzukommen, werden wir in Bezug auf die Leitung und Verwaltung des uns anvertrauten Kirchen nichts zulassen dürfen, was den Geboten des katholischen Glaubens und dem göttlichen Rechte der Kirche zuwider ist.

Ihr aber, geliebte Mitarbeiter und Diöcesanen, haltet Eurerseits unverbrüchlich daran fest, daß nur Derjenige ein rechtmäßiger Bischof ist, der als solcher vom h. Vater und dem apostolischen Stuhle, dieser Quelle der kirchlichen Einheit und der kirchlichen Amtsgewalt, gesendet ist, und in der in der Gemeinschaft des apostolischen Stuhles verharret. Ingleichen werdet ihr stets nur diejenigen als rechtmäßige Seelsorger anerkennen können, welche von den rechtmäßigen Bischöfen für dieses Amt würdig und tüchtig erkundet von den Bischöfen mit diesem Amte betraut und gesendet werden, und welche in der Gemeinschaft mit den Bischöfen verbleiben. Jeder Andere wäre ein Eindringling.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Pest, 12. Mai. Präsident Bittó eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr.

Auf den Ministerfanteuil: Kerkapoly, Pauler, Szlavay, Szapary, Tisza, Wenzheim, Trefort.

Als Schriftführer fungiren: Szeniczey, Tombor, Mihalyi, Kiss.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird authentizirt.

Der Präsident meldet zahlreiche Jurisdiktionsgesuche an, die ebenso wie die vom Grafen Anton Jorgach, Karl Stoll, Anton Eszengery, Friedrich Erdögh, Ferdinand Horanffy, Alexander Csiky eingereichten Petitionsgesuche dem Petitionsausschusse zugewiesen worden.

Der Präsident meldet ferner, daß der im Wura-Szombathy Wahlbezirk gewählte Abgeordnete Friedrich Harlanvi sein Wahlprotokoll eingereicht habe. Letzteres wird der ständigen Verifikations-Kommission zugewiesen.

Josef Madarasz reicht folgenden Beschlußantrag ein: „In Anbetracht dessen, daß der wohlthätige Einfluß, welchen die ungarische Eskompte- und Handelsbank zu üben berufen ist, desto mehr gesichert werden kann, je mehr Aktien der Bank sich im Besitze der Bürger und Landesinstitute des Vaterlandes befinden:

in Anbetracht dessen, daß die nur dem Interesse der Konzeffionäre dienende Thatfache, daß die letzteren die Aktien zur Subskription auslegend, von den Subskribenten ein beliebig großes Aufgeld nehmen, ein Hauptmotiv der Gründung von schwindeleichen Unternehmungen und die Hauptursache der Gründung immer wiederkehrender Geldalamitäten ist; möge das Haus die Regierung anweisen, bei der Konzeffionierung der ungarischen Eskompte- und Handelsbank auch die folgenden Bedingungen zur Geltung zu bringen:

1. Die Hälfte der gesammelten Aktien ist für die Bürger und Institute des Landes zur öffentlichen Subskription aufzulegen, wobei die etwa nicht subskribirten Aktien wieder der Bank zur freien Verfügung zufallen.

2. Die Subskription hat mit 200 fl., dem festgestellten Nominalwerte der Aktie, zu geschehen; außerdem haben die Konzeffionäre blos

mit Recht berufenen Faktoren“ — ruft er — „das geschaffene Werk nicht fallen zu lassen, sondern ihrerseits auch mit ihren Opferschärfein trachten, daselbe gegen den eisernen Zahn der Zeit in Schutz zu nehmen, und für Erhaltung desselben zu sorgen.“ Wer sind nun diese mit Recht berufenen Faktoren? Der Bischof und das Domkapitel: dürfte Korrespondent antworten. Armselige Schlussfolgerung! als ob er selbst nicht wüßte, welche schwere Sorgen auf dem Bischofe von Siebenbürgen lasten, der, wenn er ein noch zehnmal größeres Einkommen besäße, als er in Wirklichkeit besitzt, sich noch immer brennender Bedürfnisse in der Diözese finden ließen, als die eben in Frage stehenden sind. Die Hälfte der Siebenbürger Pfarren sind arm; ein Fünftel ist kaum mit jährlichen 350—400 fl. dotirt; ein Theil besitzt nicht mehr als jährliche 300 fl. Einkommen. Viele unserer Kirchen und Schulgebäude drohen mit Einsturz; den Bedürfnissen der Zeit muß durch Errichtung neuer Institute Rechnung getragen werden; und noch eine Unzahl neuer Volksschullehrer! deren viele, — man könnte dies beinahe nicht glauben — mit nicht mehr als jährlichen 50—60 fl. besoldet sind. Ist wohl der Bischof von Siebenbürgen nicht ein „mit Recht berufenener Faktor“ in Bezug auf neuerrichtete und nach Umständen noch zu errichtende Erziehungsanstalten, jene miserabel besoldeten Volksschullehrer? Der hochherzige Stifter konnte keinesfalls eine derartige Last seinen Nachfolgern auferlegen, deren Erfüllung die Außerachtlassung bedeutend wichtigerer und brennenderer Erfordernisse nach sich ziehen würde.

(Schluß folgt.)

Notizen.

— (Ein Kaiser dem Kaiser.) Wie dem „N.“ aus Petersburg mitgetheilt wird, hat Kaiser Wilhelm dem Kaiser Alexander zu dessen Geburtstag ein Bild zum Geschenk gemacht, welches den Moment darstellt, wo der Kaiser Wilhelm zu Anfang der großen Parade des preussischen Gardekorps bei Gelegenheit der Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Berlin, den Kaiser von Rußland und Oesterreich salutirend den

den auf jede Aktie entfallenden Theil der unter Kontrolle der Regierung festzustellenden Gründungskosten von den Aktien-Subskribenten einzufordern.

Der Beschlußantrag soll in Druck gelegt werden und eine hausordnungsgemäße Behandlung erfahren.

Eduard Horn richtet an den Justizminister folgende Interpellation:

In Anbetracht dessen, daß das große Eisenbahnunglück, das am 6. d. M. bei hellem Tage, in der Nähe von Pest auf der k. k. Staatsbahn geschah und welchem, abgesehen von den zahlreichen Verwundeten, 25 Menschen zum Opfer fielen — bekanntermaßen nur durch die größte Fahrlässigkeit des Eisenbahn-Dienstpersonales verursacht worden;

in Anbetracht, daß es — bei der von Tag zu Tag zunehmenden Lebhaftigkeit des Personenverkehrs, angesichts des tatsächlichen Monopols, welches die Eisenbahn besitzt und welches das reisende Publikum zur Benützung zwingt — nicht erlaubt ist, die persönliche Sicherheit der Reisenden auch nur einen Augenblick lang einem solchen strafwürdigen Pflichtversummüß der Gesellschaften auszuliefern;

in Anbetracht, daß in Ländern mit lebhafterem Verkehr die Erfahrung nachwies, daß nichts geeigneter sei, die Eisenbahngesellschaften zur pflichtgemäßen Obforge zu bewegen, als die strenge Anwendung der Verpflichtung, in Fällen, wo Passagiere beschädigt werden, Schadenersatz zu leisten; in Anbetracht, daß auf Grund dieser Erfahrung England in den Jahren 1846 und 1867, Cisleithanien im Jahre 1869, das deutsche Reich im Jahre 1871, so wie auch viele andere Staaten im legislativen Wege hinsichtlich des Schadenersatzes bei Beschädigung von Personen Verfügungen getroffen haben, und zwar, mit augenfälligem Erfolge, nachdem beispielsweise in England seit Schaffung des diesbezüglichen Gesetzes vom Jahre 1867 die durch Eisenbahnunglück verursachten Todesfälle um die Hälfte ihrer früheren Zahl abnahmen;

in Anbetracht, daß bei uns die auf Grund des Ges.-Art. XX; 1840 und des Ges.-Art. XV: 1867 geschaffene Eisenbahnbetriebsnorm nur für den Versuch von Waarenentfährdigung sorgt, von der Sicherheit der Passagiere aber schweigt;

nehme ich mir die Freiheit, an den Herrn Justizminister folgende Frage zu richten:

hegt er die Absicht, noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher — indem er die Verpflichtung festsetzt, für Verletzung der Passagiere Schadloshaltungszahlungen zu leisten — das reisende Publikum zumindest gegen die durch strafliche Fahrlässigkeit verursachten Eisenbahnunglücksfälle nach Möglichkeit schützt?

Justizminister Pauler ertheilte dem Interpellanten folgende Antwort: Ich habe allerdings die Absicht, dem vom Vorredner bezeichneten Gesetzentwurf vorzulegen und die hierzu nöthigen Verfügungen auch bereits getroffen. (Beifall.)

Eduard Horn ist mit der erhaltenen Antwort zufrieden. Das Haus nimmt dieselbe zur Kenntniß.

Dr. Julius Loh beantragt, daß die vom Distrikte Jazygien und Kumanen eingereichte, die Aenderung des §. 133 des G.-M. XVIII 1871 antretende Petition außer der Serie präferent verhandelt werde.

Der Präsident bemerkt hierauf, daß ein Verzeichnis von eingereichten und vom Petitionsausschusse begutachteten Gesuchen bereits der Erledigung harret. Die vom Vorredner bezeichnete Petition wird daher in die demnächst anzufertigende Serie aufgenommen werden.

Referent des Zentralausschusses, Karl Cötvös, legt den Bericht dieses Ausschusses über jene Modificationen vor, welche Koloman Tisza seinerzeit zum Kolonisationsgesetzentwurfe vorschlug.

Der Bericht wird in Druck gelegt werden.

Das Haus stellt nun die Tagesordnung der nächsten Sitzungen fest. Nach dieser werden zunächst der Gesetzentwurf über die ungarische Eskompte- und Handelsbank, dann die in Schwabe gebliebenen Paragraphen des Kolonisationsgesetzentwurfes zur Verhandlung kommen.

Außerdem bittet der Präsident, diejenigen Sektionen, welche die ihnen zugewiesenen zwei Vorlagen des Kommunikationsministers noch nicht beraten haben, dieselben noch im Laufe des heutigen Tages zu erledigen.

Schluß der Sitzung um 11 Uhr. Die nächste Sitzung findet morgen Vormittags um 10 Uhr statt.

Julaud.

Hermannstadt, 14. Mai. Während „Reform“ den Inhalt der von einigen Komitatsausschüssen in Angelegenheit der Regelung des Königshofens an den Reichstag gerichteten Petitionen einfach registriert, benützt „Kelet“ denselben mit ostentativer Lust, Freude und Befriedigung als Anspuz für einen Leitartikel.

Das Tolnauer Komitat sagt in seiner diesbezüglichen Petition an den Reichstag: „Gleich wie wir einerseits mit Freunden die urgierende Repräsentation der sächsischen Nationaluniversität betreffs Regelung des Königshofens gelesen haben, ebenso hat andererseits auf uns einen betrübenden Eindruck die Forderung jener Privilegien gemacht, welchen in den 12 Punkten Ausdruck gegeben wird.“

„Wie gefährlich für das staatliche Leben jedes Privilegium und der Hand in Hand damit gehende Libertinismus ist, das beweisen zur Genüge die Erfahrung und die Weltgeschichte; denn einen Staat im Staate gründen, heißt so viel als den Staat zerstören. Es ist eine Forderung der

Rapport der in der Front stehenden Garde- und zu den Herbstmanövern nach Berlin kommandirten Infanterie-Regimenter überreicht.

— (Eine Vielbeschäftigte.) Ein Pariser Blatt erzählt von einer Frau in der Vorstadt St. Antoine, die einen Dostladen hat, in einer Privatschule Lehrerin ist, dabei strikt und in letzter Zeit auch Ammendienste leistet.

— (Ein Schesul.) Ein gewisser Nikolajew, Hauslehrer bei den Söhnen der Gutsbesitzerin Tolpogo auf ihrem Gute bei Smolensk entbrannte in eine heftige Leidenschaft gegen die Mutter seiner Zöglinge, ohne indeß Gehör zu finden. Er sagte daher, wie die „Petersb. Ztg.“ erzählt, den teuflischen Plan, seinen Schülern die Sprödigkeit ihrer Mutter auf's Furchterlichste entgelten zu lassen. Beide, im Alter von 11 und 13 Jahren, wurden unter nichtsfagenden Worten nun gemeinigt und mußten eine Reihe von Mißhandlungen, wie sie nur ein vertörtes Gemüth erfinden kann, wie z. B. durchs Feuer springen u. s. w. über sich ergehen lassen. Um seinen Schandthaten die Krone aufzusetzen, ermordete er im Februar 1872 die beiden Knaben und steckte außerdem denjenigen Theil des Schlosses, den er mit seinen Opfern gemeinschaftlich bewohnt hatte, in Brand. Nikolajew wurde zum Verluste aller Standesrechte und zur Deportation in die Bergwerke auf 20 Jahre verurtheilt.

Mäthjel.

Wer ist wohl jene Kaiserin, Die in der Wölfer Mitte steht, Des Heindes Augen blösgestellt, Allein und mit dem Bolke fällt Schlägt eine Angel in die Reihe Wie eine wilde Furie ein! Doch bis ein neuer Kampf angeht Auf ihrem Pösten wieder steht?

Zeitzeit, daß die staatliche Verwaltung eine einfache und auf gleichen Grundlagen beruhende sei und jedes Privilegium als in den Rahmen des Staatslebens nicht passend, selbst wenn es eine scheinbare Berechtigung hat, abgeschafft werde. Eben deshalb bitten wir mit geziemer Achtung das Abgeordnetenhause: hochdaselbe wolle das Jurisdiktions- und Gemeinwesen des Königshofens im Sinne des Grundgesetzes der Gleichberechtigung regeln.“

Gehen wir nun in der Blumenlese aus einer und derselben Tonart weiter.

Das Kisküllöer Komitat äußert sich, wie folgt:

„In Anbetracht, daß das große Prinzip der Gleichheit in unserem Vaterlande von der Gesetzgebung ausgesprochen worden ist und hieraus folgend, die aus der Vergangenheit überkommenen Privilegien abgeschafft wurden; dann in Erwägung, daß auf Grund jener Kardinalprinzipien die staatliche Einheit und Regierungsform unseres Vaterlandes festgelegt worden ist: halten wir die Sonderstellung irgend eines Territorialbezirktes unseres Landes nicht nur für nicht berechtigt, sondern im Gegentheil mit dem Grundsatze der staatlichen Einheit unseres Vaterlandes und der Gleichheit auch nicht für veranbar. Diefemnach können wir nicht umhin, auch unfererseits an das hohe Abgeordnetenhause die Bitte zu stellen: hochdaselbe geruhe die aufrechterhaltene politische Sonderstellung des Königshofens als unberechtigt durch ein Gesetz aufzuheben.“

Das Viptauer Komitat „erachtet die etwaige Durchführung der bekannten 12 Punkte der sächsischen Nationaluniversität nicht nur als schädlich, sondern auch als höchst gefährlich für das Vaterland und die individuelle Freiheit.“

Das Arpaer Komitat bittet gleichfalls das Abgeordnetenhause: „in Angelegenheit der Aufhebung der politischen Rechtsfonderrstellung des Königshofens ein Gesetz schaffen zu wollen.“

Budapest, 12. Mai. Nach der heutigen Reichstagsagung haben auf Einladung der Regierung Vertreter der hauptsächlichsten Geldinstitute und des Handels, ferner die Finanzkapazitäten des Abgeordnetenhauses in Gegenwart des Gesamtministeriums und unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Konferenz abgehalten.

Den Gegenstand der Konferenz bildete eine an die ungarische Regierung gelangte Depesche des österreichischen Ministeriums, demzufolge letzteres, um eine Geldkrisis hintanzuhalten, jenen Punkt der österreichischen Bankakte zu suspendiren beabsichtige, welcher der Bank nur 200 Millionen Gulden in Noten ohne Metallbedeckung zu emittiren gestattet.

Die Regierung hat es für notwendig erachtet, bevor sie selber sich über die Sache äußert, die Meinung der Finanzmänner von Sach darüber zu vernehmen. Der größte Theil der Versammelten findet kein anderes Mittel zur Vermeidung einer Geldkrisis, als den oben erwähnten Weg, den das österreichische Ministerium mit der Suspendirung des bezeichneten Punktes der Bankakte einzuschlagen gedenkt. Die von Seite der Opposition Anwesenden theilen diese Meinung nicht und halten die Suspendirung jenes Punktes der Bankakte für unmöglich und gefährlich. Nach der Konferenz wurde in derselben Angelegenheit ein Ministerrath abgehalten, in welchem wohl die von der Regierung in dieser Beziehung einzunehmende Haltung beschlossen wurde.

Die Vertreter der Banken und des Kaufmannstandes waren einstimmig der Ansicht, daß der Suspendirung der Bankakte unbedingt die Zustimmung ertheilt werde. Sie machten die Regierung darauf aufmerksam, daß der Vorkrisis eine Handelskrisis folgen werde, und daß die Provinz sehr stark an der Wiener Börse engagirt sei. Das Hauptaugenmerk müsse aber auf die Stärkung des Vertrauens gerichtet sein.

Die oppositionellen Deputirten, die gleich von Vornherein bemerkten, daß sie nur individuell und in keiner anderen Eigenschaft ihre Meinung abgeben, betonten einerseits das staatsrechtliche Verhältnis Ungarns gegenüber der österreichischen Nationalbank, andererseits glaubten sie, daß der gegenwärtige Purifikationsprozeß nur heilsame Folgen nach sich ziehen werde. Was nicht gesund sei, solle fallen. Die ungarischen Minister sollten einfach deklariren, die Nationalbank — deren Statuten von der ungarischen Legislative nie rechtlich anerkannt worden — und die Aenderung ihrer Statuten gehe ausschließlich die cisleithanische Regierung und den österreichischen Reichsrath an. Die ungarische Regierung müsse sich daher passiv verhalten.

Einige Abgeordnete machten dagegen darauf aufmerksam, daß die Ansichten der oppositionellen Abgeordneten die Animosität des Geldmarktes gegen Ungarn zunächst in Wien, dann aber auch in ganz Europa nur verschärfen würde. Sie acceptiren daher durchaus den Standpunkt der Vertreter der Banken und des Handels, betonten aber die Notwendigkeit rascher Maßregeln, und daß nicht nur dem Wiener, sondern auch dem Pester Geldmarkte in einem zu bestimmenden Verhältnisse durch die Zustimmung zu der Aufhebung des fraglichen Punktes in der Bankakte Hilfe geleistet werde. Dies war die allgemeine Ansicht, mit Ausnahme der oppositionellen Abgeordneten, die auch ferner auf ihrem starren staatsrechtlichen Standpunkte beharrten.

Der Ministerrath entschied sich für die Zustimmung zu der von der österreichischen Regierung beabsichtigten Maßnahme.

Pest, 12. Mai. Der Prinz von Wales und Prinz Arthur sind gestern Abends hier angekommen und von dem Minister des Innern und dem Ober-Bürgermeister empfangen, sowie von einer zahlreichen Menschengemeinde freundlich begrüßt worden. Heute werden die Prinzen der Regatta beiwohnen und das National-Theater besuchen.

Agram, 12. Mai. Der Stadtmagistrat unterhandelt mit auswärtigen Bankhäusern über die Kontrahirung eines großen städtischen Anlehens. Die Vornahme der Segregation, welche zur Konstatirung des städtischen Vermögens notwendig ist, nahe bevorstehend.

Wien, 12. Mai. Der von Szegedin entlassene Direktor Herzl von der Kredit- und Fhandels-Anstalt wurde hier gestern verhaftet. Das gestern hier allgemein verbreitete Gerücht, De Pretis habe demissionirt und Poppen sei zu seinem Nachfolger ernannt, entbehrt jeder Begründung.

Gestern Nachmittags fand ein Ministerrath statt, welchem eine Konferenz vorherging, an der Wodianer, Kinsky, Hopsen, Waprau, Herbst theilnahmen. Die Suspendirung der Bankakte ist im Prinzip beschlossen, wenn auch noch nicht ausgesprochen, da man sich vorher mit der ungarischen Regierung ins Einvernehmen setzen muß, was auch sofort geschehen ist. Außerdem wurde beschlossen, dem Ausschüßfons-Komitee seitens des Finanzministers heute Früh drei Millionen und fünf Millionen seitens der Nationalbank vorzuführen. Außerdem wird die Nationalbank umfassende Summen eskomptiren und lombardiren. Die Stimmung zeigt sich beruhigter.

Gestern war Galaempfang der Mitglieder fremder Kommissionen, der kaiserlichen Kommission und der Generaldirektion im Zeremonienaal in der Hofburg; die Vorstellungen erfolgten durch die Gesandten. Das Cercle währte zwei Stunden; der Kaiser sprach mit Allen.

Triest, 12. Mai. Der Lloyd-Dampfer „Minerva“ ist mit der ostindisch-chinesischen Post um 3 Uhr Früh angekommen.

Prag, 12. Mai. Die Stadt Ausha wurde gestern von einer bedeutenden Feuersbrunst heimgesucht. 28 Wohngebäude und 11 Scheunen sind abgebrannt. — Die Dux-Prager Bahn wurde gestern eröffnet. Lemberg, 10. Mai. In der heute stattgefundenen Wählerversammlung kritizirt Smolka das Gesetz der direkten Wahlen, empfiehlt ein solidarisches Zusammengehen aller Oppositionsparteien ohne Rücksicht auf deren sonstige Färbung und eine zahlreiche Beteiligung an der nächsten Reichsrathswahl, weil jede Abstinenz nutzlos wäre. Er empfiehlt schließlich die Wahl unabhängiger, charakterfester Männer und die Unterlassung

von jedweder Justifisten das einzige der Polen in den Central-Wahlcomit Lemberg, besuchte Verammlung Dr. Jobjliewicz eine Resolution zu und der thätigen

Paris, 12. ergeben, daß in Vo oder radicalen Con rieur hat der von Paris, 12. Republikaner Vesgu Bonapartist Voffin gewählt.

Rom, 10. die einfache Ausdeh geteset auch auf N baten. Ein Deput Regierung am Mo Rom, 12. dige Aufhebung der getiren einige bun Quirinal zu zieben hieran verbindert. Polizei-Agenten ver Gegen 20 Personen

Madrid, Wahl-Bureau in blikanern günstig. Madrid, die Federal-Republ vuzgen ist noch un London, 1 Wahlen werden im ches sich im Monat um das Budget zu wieder einberufen r Konstanti ten bedede, an die die zur Convertirun sion vom Jahre 18 ten Tage, ab, jeter malitäten erfüllt un gehalten werden, of Titel abgewartet w

Die Sanität Widin amtlich erh eine Quarantaine r London, 1 Der Eygroß Wien ab.

Newport, bruntj ausgebrochen fanden ihren Tod.

Der projekt

Das Program lungen gestattet sein hat keinen Anspruch zum unsers Mittel zum Gesetz erhoben iden Gymnasien un werden kann. Nach leugbar nichts Geri goarischen Volkerei den Gymnasien un nen: Der 42. §. o das Öffentlichkeits dieses Gesetzentwurf

Nun lautet Unterrichtsprache, Sprache ist.“ Die schullehretag zu e an Ungeueidigkeit Vordergrunde seiner Denn, noch ist es den Reichstag gewo es nie zu dieser Cirkularverordnung, die Kunde gemacht ster geneigt sein so stämme des Vaterk fenbar das historische zur Seite stehen vo wählten Gesetzentw lichen Versammlung

Wer von un zu Kopfe steigt, w ammlung von Kol Tragweite, von se waterländischen Ges fertigte Gerechtigt gen Programmspur

Aus diesen G segentwurf nicht die anzurweisen. Unter lebrunzt verifiziert gewaltigung aller n allein stehen werde.

Was die über der Hand, daß die rathung erforderlich hervor, wie viele T den. Sollten es w unter drei aufgeschl zweifelhaft zunächst len“ aufzuführen, o hierüber sich auszu

von jedweder Instruktionserteilung, indem das Programm der Föderalisten das einzige Heil Oesterreichs sei.

Auf eine Anfrage Romanowicz' mißbilligt Smolka das Erscheinen der Polen in den Delegationen.

Der heutige Abgeordnetentag beschloß die Bildung eines galizischen Central-Wahlcomités.

A u s l a n d.

Paris, 12. Mai. Die bisher bekanntgewordenen Wahlergebnisse ergeben, daß in Lyon, Blois und Vimeux die Wahl der republikanischen oder radicalen Candidaten gesichert ist; im Departement Charente-Inferieure hat der bonapartistische Candidat die Majorität erlangt.

Paris, 12. Mai. Die Radicals Ranc und Guvet und die Republikaner Vezouillon und Perrin wurden mit großer Majorität, der Bonapartist Voffinton mit einer Majorität von etwa 3000 Stimmen gewählt.

Rom, 10. Mai. Das für morgen anberaumte Meeting, welches die einfache Ausdehnung des für die übrigen Provinzen gültigen Klostergesetzes auch auf Rom verlangen sollte, wurde von der Regierung verboten. Ein Deputirter kündigte an, daß er wegen dieses Verbotes die Regierung am Montag interpelliren werde.

Rom, 12. Mai. In Folge Verbotes des Meetings, welches vollständige Aufhebung der religiösen Körperchaften verlangte, demonstrieren gestern einige hundert Individuen. Als die Demonstranten gegen den Cardinal zu ziehen beabsichtigten, wurden sie durch bewaffnete Macht hieran verhindert. Nach der Opinion wurden ein Carabinieri und zwei Polizei-Agenten verwundet und erhielt ein Bürger eine schwere Verletzung. Gegen 20 Personen wurden verhaftet.

Madrid, 10. Mai. Die bis jetzt bekannten Wahlen für die Wahl-Bureau in Madrid und den Provinzen sind den Föderal-Republikanern günstig.

Madrid, 11. Mai. Am ersten Wahltage hatten in Madrid die Föderal-Republikaner die Majorität; das Wahlergebnis in den Provinzen ist noch unbekannt.

London, 11. Mai. Der Observer meldet: Die allgemeinen Wahlen werden im nächsten Frühjahr stattfinden; das Parlament, welches sich im Monate Februar zu einer kurzen Session versammeln wird, um das Budget zu erledigen, wird sodann aufgelöst und nach Oftern wieder einberufen werden.

Konstantinopel, 10. Mai. Eine mit mehreren Unterschriften bedeckte, an die Berles-Commission gerichtete Petition verlangt, daß die zur Convertirung in Confuldies bestimmten Schakschaine der Emigration vom Jahre 1872, vom 13. Juni, dem zur Convertirung festgesetzten Tage, ab, sofern die durch die Convertirung vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt wurden, den Titeln der allgemeinen Staatsbürger gleich gehalten werden, ohne daß deren wirklicher Umtausch gegen letztgenannte Titel abgewartet werden müßte.

Die Sanitäts-Verwaltung hat, da die Existenz der Cholera in Widin amtlich erhoben wurde, für die Provenienzen der oberen Donau eine Quarantäne verfügt.

Der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar reist heute Abends nach Wien ab.

Newyork, 10. Mai. In Port-au-Prince ist eine große Feuersbrunst ausgebrochen; 150 Häuser sind abgebrannt und sechs Personen fanden ihren Tod.

Kirche und Schule.

Der projektirte sächsische Mittelschullehrertag.

II.

Das Programm selbst betreffend mögen mir nachstehende Bemerkungen gestattet sein. Der Mittelschulgesetzentwurf des Unterrichtsrathes hat keinen Anspruch auf die erste Stelle unter den Beratungsgegenständen unseres Mittelschullehrertages. Allerdings birgt derselbe, falls er zum Gesetz erhoben würde, eine Gefährdung der Existenz auch der sächsischen Gymnasien und Realschulen in sich, die größer gar nicht gedacht werden kann. Noch mehr! Dieser Gesetzentwurf beabsichtigt ganz unzulässig nichts Geringeres, als die Entnationalisirung derjenigen nichtmagyarischen Bevölkerung des Gesamtwaterlandes, welche ihre Bildung in den Gymnasien und Realschulen sucht. Zum Belege mag Folgendes dienen: Der 42. §. ordnet an, daß die nicht staatlichen Mittelschulen, welche das Definitivrecht besitzen wollen, im Sinne der im 11. Abschnitte dieses Gesetzentwurfes enthaltenen Organisation eingerichtet sein müssen.

Nun lautet §. 5, lit. d dieses Abschnittes wörtlich also: „die Unterrichtssprache, welche von der 5. Klasse an überall die magyarische Sprache ist.“ Diesem Thatbestande gegenüber ist der sächsische Mittelschullehrertag zu einer Enunziation verpflichtet, der es an Begründung, an Unzweideutigkeit, an Wärme und Schärfe nicht fehlen darf. Doch im Vordergrund seiner Beratungen hat jenes Gesetzprojekt keinen Raum. Denn, noch ist es nicht zu einer Vorlage des Unterrichtsministers für den Reichstag geworden. Noch ist man berechtigt zu der Annahme, daß es nie zu dieser Ehre gelangen werde. Der Geist jener Trepostischen Circularverordnung, welche unlangst auch durch unsere öffentlichen Blätter die Kunde gemacht hat, läßt alle andere Vermuthen, als daß der Minister geneigt sein sollte, einen Kampf gegen die nichtmagyarischen Volksstämme des Waterlandes zu beginnen, in welchem den Angegriffenen offenbar das historische, wie das ewige Recht, dem Angreifer dagegen nichts zur Seite stehen würde, als die Gewalt. Die Berathung des mehr erwähnten Gesetzentwurfes ist ohne eine gewisse Erziehung in einer öffentlichen Versammlung von Nichtmagyaren kaum denkbar.

Wer von uns bejagt so viel Gleichmuth, daß ihm das Blut nicht zu Kopfe steigt, wenn ihm Gelegenheit geboten wird sich in einer Versammlung von Kollegen über einen Vorschlag von so verhängnißvoller Tragweite, von so rücksichtslosem Hohn gegen Geist und Wortlaut der vaterländischen Gesetze auszusprechen? Und die so natürliche und gerechtfertigte Gerechtigkeit könnte dann leicht auch auf die Berathung der übrigen Programmpunkte übergehen. Das muß verhütet werden.

Aus diesen Gründen wäre dem landesfürstlichen Mittelschulgesetzentwurf nicht die erste, sondern die letzte Stelle auf dem Programme anzuweisen. Unter allen Umständen aber möge sich unser Mittelschullehrertag verpflichtet halten, daß er im Kampfe gegen die beabsichtigte Vergewaltigung aller nichtmagyarischen Volksstämme des Waterlandes nicht allein stehen werde.

Was die übrigen Beratungsgegenstände betrifft, so liegt es auf der Hand, daß die Zahl und Beschaffenheit derselben eine mehrtägige Berathung erforderlich macht. Aus dem vorliegenden Protokolle geht nicht hervor, wie viele Tage für die Beratungen in Aussicht genommen wurden. Sollten es weniger als 3 Tage sein, so wäre es angezeigt, den unter drei aufgeführten Gegenstand ganz ausfallen zu lassen. Es ist unzweifelhaft zunächst nicht Aufgabe der Mittelschullehrer, „neue Hilfsquellen“ aufzufuchen, obgleich niemand ihnen das Recht bestritten wird, auch hierüber sich auszusprechen.

Der Vortritt gebührt doch gewiß den inneren Schulangelegenheiten, er gebührt jenen Fragen, welche sich beziehen auf die Entwicklung und Fortbildung der betreffenden Schulanstalten mit Rücksicht auf die Ideale der Pädagogik und auf berechtigte Anforderungen des Lebens.

Das Programm führt unter 4 und 5 zwei sehr dringliche innere Schulfragen auf. In die unter 4 gestellte Frage hätte der mathematische Unterricht aufgenommen werden können, weil eine fruchtbringende Behandlung der Naturwissenschaften der mathematischen Begründung nicht entziehen kann. Nicht minder dringlich wäre die Beantwortung der Frage gewesen: Wodurch kann dem Unterrichte unserer Mittelschulen ein nachhaltigerer Einfluß auf die Charakterbildung der Zöglinge gesichert werden? Sehr wünschenswerth wäre ferner nur eine Berathung über Zweck und Einrichtung der Reha gewesen. Da indeß, wie gesagt, schon die vorgeschlagenen Beratungsgegenstände mindestens 2 Tage in Anspruch nehmen dürften, so wird die Vespredung der hier angeregten und ähnlichen Fragen der Zukunft vorbehalten bleiben müssen. Die Berathung des unter 4 aufgeführten Gegenstandes (Seminarfrage) ist unstrittig ebenso zeitgemäß als dringlich. Auf die unter 6 aufgestellte Frage, ob es wünschenswerth sei, daß jeder Candidat des Lehramtes für Mittelschulen auch fünfzig theologischen Studien und zur Ablegung der theologischen Prüfung verpflichtet werde, hat der erste allg. siebenb. jährliche Lehrertag bereits eine verneinende Antwort gegeben.

Mit Spannung werden alle diejenigen, welche an dem Zustandekommen jener Antwort theilgenommen haben, dem diesbezüglichen Beschlusse des Mittelschullehrertages entgegen sehen.

Nach den vorausgelassenen Bemerkungen rufe ich dem sächsischen Mittelschullehrertag aus vollen Herzen ein „Glück auf!“ zu. Er wird obliegen, wofür er sich an die Sache hält und sich durch nichts beirren läßt, in dem Ringen nach jener Ausgestaltung unseres Mittelschulwesens, wodurch dem Sachsworte zwei ungerührbar: Stützen seines Fortbestandes erhalten werden sollen: wissenschaftliche Bildung und was noch mehr ist — Gesinnungstüchtigkeit.

Vokal- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 15. Mai.

(Weltausstellungsnotiz.) Den Bemühungen unseres wackeren Hermannstädter Agenten Karl Schöcherus ist es gelungen, die meisten unserer Ausstellungsgegenstände bereits auszubacken und zu installieren. Bis auf einen Stuhl und einen Fauteuil sind bis jetzt alle andern Sachen für vollkommen ausstellungsfähig erkannt worden; ja die meisten Gegenstände haben bereits Anerkennung von Besuchern gefunden; so haben namentlich die beiden Herren Minister Graf Zich und Tisa die Kiemer-, Tuch- und Wollweberwaaren sehr belobt und hat der k. ung. Sektionsrath v. Németh (Vorstand des Ausstellungs-Kommissariates) sofort nach der Auffstellung folgende Waaren angekauft: 1. Gürtel des Josef Melzer mit 16 fl., 2. Gürtel des Johann Binder mit 16 fl., 3. Gürtel des Johann Heissenberger mit 6 fl. und 4. Gürtel des Sam. Sander mit 15 fl. Unser Agent hofft, daß bald alle Gürtel (vielleicht sämtliche Kiemerwaaren) verkauft sein werden, wünscht Nachsendung von angemeldeten Gürteln, und besonders von sämtlichen Ausstellern, welche verkaufen wollen: Hinaussendung von Adressen und Etiketten (Zirkularen und Preisverzeichnisse) zur Vertheilung.

Hat Jemand etwas in Wien zu bestellen, z. B. einen Ueberzug oder einen Spiegel zum Ausstellungsgegenstande (etwa zu einem Pfeilertisch), Vergeltung von Bildern u. dgl. m., so wird Jeder ersucht, dies bei einem betreffenden Geschäftsmann in Wien, mit Einschluß des erforderlichen Geldbetrages, thun zu wollen, da das Comité hierfür kein Geld, unser Agent aber keine Zeit hat, da er fortwährend mit der Infallation selbst beschäftigt ist. Die Petersdorfer Papiermühle, die hiesige Stearin-kerzenfabrik, sind sehr gut aufgestellt; auch Connerth's Schreibsecretär, Urban's Chiffoniers (welche durch ungenügende Verpackung etwas gelitten haben) und andere Objekte unserer Aussteller haben einen günstigen Platz erhalten, gemeinsam mit andern Sachen aus Ungarn-Siebenbürgen. Unser Agent lobt sehr die netten Kronstädter Ausstellungsgegenstände, besonders die Tischler haben sich dort besser gegenseitig verständigt als hier, wo man einem zu viel Theilnahme dabei anvertraut hatte. Sonderbarerweise hatten sich von unseren Gewerbsleuten in Wien Niemand um die bezüglichen Ausstellungsarbeiten gekümmert; nur die sogenannten „Kiteraten“ haben Mühe gefunden, sich dafür zu interessieren; fremde Besucher haben die Wollweber- und Tuchmachergaaren belobt und sich nach den Adressen der Verfertiger lebhaft erkundigt. Ebenso ist das sächsische Bauernhaus sehr belobt und hat viele Anerkennung gefunden; so in letzter Zeit auch vom Herzog von Karl Saluator. Die Preise ist ebenfalls günstig gestimmt, besonders für das Bauernhaus; die „Allgemeine illustrierte Weltausstellungszeitung“ hat großes Interesse für die Hermannstädter Industrie bekundet und erweckt, indem sie die von uns bereits mit Vergnügen erwähnten Artikeln des Professor Schule r-Libloy (Vocalcomité-Präsidenten) mitgetheilt hat und weiter solche zu bringen scheint. Diejenigen, welche bei dem Besuche in Wien als Aussteller freie Eintrittskarten erhalten wollen, müssen sich als Aussteller legitimiren (etwa durch Quittung über bezahlte Platzmiete, Raumzuweisungsbrief oder andere statthafte Legitimation, Anmeldebogen u. s. w.), und haben sich bei dem k. ung. Weltausstellungs-Kommissariate, Nordbahnstraße Nr. 32, I. Stock (Erd des Praterstern) zu melden, wo sie dann für die Zeit ihres Aufenthaltes Gratiskarten erhalten. Die Nicht-Aussteller können bei der General-Direktion Praterstraße Nr. 42, III. Stock eine Monats- oder Wochenkarte kaufen, oder haben das Eintrittsgeld auf dem Ausstellungsplatze selbst zu erlegen, was für längere Zeit eine kostspielige Anstalt ist. Wir wundern uns, daß die Kronstädter Zeitung fast gar nichts von den Ausstellungsobjekten ihrer Stadt mittheilt; das Comité selbst trägt 5000 fl. Dotation, „Stipendien“ nicht erwirkt zu haben; an Herrn Bartisch haben sie einen sehr tüchtigen Agenten, welcher aber auch mit mancher Ungunst zu kämpfen hatte; doch wird es uns besser gehen, wenn wir uns besser verständigen. Gegner können Freunde werden.

Dem uns vorliegenden Rechnungsausweise der hiesigen Spar- und Kreditanstalt „Albina“ zufolge erreichte die Kassaabewegung derselben im I. Quartale l. J. die Ziffer von 331,313 fl. 58 kr.

(Kirchendiebstahl.) Vorgestern wurde aus der hiesigen katholischen Stadtpfarrkirche vom Altare der Mutter Gottes herab ein Leuchter gestohlen. Der Polizei gelang es bereits gestern, die Thäterin zu eruiern. Derselbe ist eine wegen ähnlicher Diebereien bekannte, wiederholt abgeurtheilte, und wie es scheint, unverbesserliche Person. Uebrigens soll sie im vorliegenden Falle höchlich enttäuscht gewesen sein, weil sie einen silbernen Leuchter gestohlen zu haben glaubte, nichtsdestoweniger aber nur einen versilberten Leuchter stibigte. Vielleicht hofft sie auch noch dazu, daß ihr das Kriminalgericht nichts anhaben kann, weil sie dasjenige nicht gestohlen hat, was sie stehlen wollte, und dasjenige gestohlen hat, was sie nicht stehlen wollte.

Bereinsnachrichten.

Am 18. Mai d. J. Vormittags 10 Uhr wird im Kommunitäts-Sitzungs-Saale eine außerordentliche Verhandlung der Mitglieder des Hermannstädter Filials des I. allgemeinen Beamtenvereines der österreichisch-ungarischen Monarchie abgehalten.

* Warum weiß die Kronstädter Zeitung davon nichts mitzutheilen. D. Red.

Gegenstand der Verhandlung:

Bericht des in der Kolalerversammlung vom 30. April 1873 gewählten Komites betreffend Gründung des Unterstützungsfondes für hilfsbedürftige Beamten-Witwen und Waisen.

— Baugesellschaft des Beamten Vereines. Der Verwaltungsrath erläßt an die Aktionäre die Kaufmachung, daß in Anbetracht der drückenden Verhältnisse des allgemeinen Geldmarktes die Termine für die am 15. Mai und 15. Juni d. J. fälligen Einzahlungen von je 20 fl. auf die Aktien der Baugesellschaft des Beamtenvereines um einen Monat prolongirt, selbst auf den 15. Juli d. J. verlegt werden. Es ist dies um so leichter für die Gesellschaft, als dieselbe sich bisher in keinerlei größere Engagements eingelassen hat und der finanzielle Stand des Unternehmens ein nach jeder Seite hin befriedigender ist.

Öffentlicher Dank.

Der gefertigte Ausschuss beehrt sich, dem Herrn Gastwirthe Friedrich Breßler für die zu Feuerwehrrzwecken gemachte Spende von zehn Gulden Dank zu sagen.

Hermannstadt, 13. Mai 1873.

Der Feuerwehrausschuss.

D. Kreuz, 1. Mai. Die gefertigte Schulbehörde sieht sich an-genehm veranlaßt, wie den zahlreichen Gönnern und Förderern unseres Schulbaues überhaupt wiederholt zu danken, so insbesondere einer Abendgesellschaft von Finanzbeamten in Hermannstadt, welche durch die Liebenswürdigkeit eines Demuth-Kreuzers zusammengeführt wurde, für die zu Schul-Einrichtungszwecken gemachte Spende von eilf Gulden österr. Währ. hiemit den gebührenden Dank öffentlich auszusprechen. Das ev. Presbyterium A. B.

Fromme Gaben.

Zur Gründung eines Kindergartens in Sächsisch-Meen gingen ein: Bei der Tausche der Hermine Selma Wagner, Tochter fl. kr. des Herrn Eduard Wagner, am 27. April l. J. in Folge einer eingeleiteten Subskription 50 — Bei der Tausche des Josef Hugo Regius, Sohn des Herrn Josef Regius, am 28. April l. J. 19 — Zusammen 69 —

was hiemit dankend quittirt wird, zugleich mit dem Bemerten, daß obige Summe bei der hiesigen Sparkasse bereits angelegt ist.

Sächsisch-Meen, 1. Mai 1873.

Gustav F. Rinn, Prediger.

Erklärung.

Der Landeskirchensekretär Franz Gebbel hatte die Freundlichkeit mich darauf aufmerksam zu machen, daß die groben Schmähungen und Verdächtigungen, welche im Laufe der letzten Wochen gegen die evangelische Landeskirche A. B. in Siebenbürgen, ihre Einrichtungen und Organe durch mein Blatt veröffentlicht worden sind, mit der Stellung dieses Blattes als Organ für amtliche Verlautbarungen derselben Landeskirche nicht weiter vereinbar sein dürften.

Ich sehe mich daher veranlaßt, die weitere Veröffentlichung solcher groben Schmähungen und Verdächtigungen durch die „Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten“, so lange dieselbe als Amtsblatt jener Landeskirche benützt wird, hiemit einzustellen.

Hermannstadt, 14. Mai 1873.

Theodor Steinhäufen.

Theater-Nachricht.

Wie wir hören, stehen in nächster Zeit mehrere Aufführungen von vorzüglichen Novitäten in Aussicht; genannt wurde uns: „Ein Teufel“ von Rosen als Benefizvorstellung unserer beliebten Franz; mit ihr und Fr. Mathes in den Hauptrollen. Ferner „Moderne Jugend“ von Bauer, ein Repertoirestück des Burgtheaters mit Frau Mathes, Hubert, Franz und den Herren Kamnau und Janz in den Hauptrollen. Dann ist noch ein großes Werk für jede Provinzbühne in Aussicht genommen, nämlich „Shakespeares“ Wintermärchen mit Musik von Flotow; diese hochpoetische Dichtung, welche Alles in sich vereint von der hohen Tragödie bis zum Lustspiel, ja zur Posse. Wir werden da Gelegenheit haben das ganze Personal an einem Abend, jedes streng in seinem Fach zu sehen und außerdem noch den Genuß haben die reizende Musik Flotows zu vernehmen, die er mit so viel feinem Takt, als Geschick den jeweiligen Situationen anpaßt.

Hoffen wir, daß Frau Mathes noch Zeit haben werde, uns durch Vorführung dieser Meisterschöpfung zu entzücken.

Stadt-Theater in Hermannstadt.

Achte Gastvorstellung der kaiserlich russischen Hofchauspielerin Frau Louise Mathes-Hödel im Verein mit der Kronstädter Gesellschaft.

Heute Donnerstag, den 15. Mai 1873:

Kabale und Liebe.

Tragödie in 5 Akten, von Schiller.

Herr Regisseur!

Mein 5 Jahre alter Knabe litt von jartester Kindheit an, an Blutmuth. Ich nahm Zuflucht zu zahlreichen Behandlungen, zu allen Arten von Mineralbädern, Bissen und eisenhaltigen Nahrung, Dorschlebertran zc.; das Uebel war, zu meiner Verzweiflung, wie eingewurzelt und steigerte sich fortwährend, wahrscheinlich in Folge der angewandten Mittel, die meinem armen Knaben weder Tag noch Nacht Ruhe ließen. Endlich kam das Heil auf unerwartete Weise. Auf ärztlichen Anrathen versuchte ich es endlich mit dem eisenhaltigen Chinaprup. Das Uebel nahm sofort ab, was mich ermutigte, mit dieser Kur fortzufahren; nach 2 Monaten war das Uebel verschwunden ohne die mindeste Spur zurückzulassen. Unser Knabe wurde uns so zu sagen wieder geschenkt, und weiß ich nun meiner Dankbarkeit keinen besseren Ausdruck zu geben, als indem ich Sie bitte, diesem für die Wirksamkeit des eisenhaltigen Chinaprup's sprechenden Zeugnisse Raum in Ihrem werthen Blatte zu gewähren, gewiß werde ich eink die Dankagung zahlreicher Patienten für diese Handlung erhalten. Mit Hochachtung Reichardt Lindauer, Rittersgutsbesitzer.

Fremdenliste.

Angelommen am 15. Mai 1873:

Hôtel Neurher. F. Weigel, aus Szelety-Ubbabehy; B. Vegh, aus Klausenburg; C. Reis, Goldarbeiter, aus Karlsburg; M. Zides, aus Schäßburg; N. Curai, aus Sarkan; A. Weier, Reijender, aus Pest; S. Gelzbäher, Geschäftsführer, aus Kronstadt. Römischer Kaiser. S. Schlotterbeck, Agent, S. Schifer, Kaufmann, aus Wien; S. Kraus sammt Familie, Majchinist, aus Jozgarisch; C. Stummer, Advokat, aus Pest; M. Littenfeld, Handelsmann, aus Arab; A. Tischler, Hotelier, aus Schäßburg; Frau A. Gerbert, Offiziers-Witwe, aus Temesvar; Frau R. Runk, Kaufmannsgattin, aus Elegg.

Telegr. Wiener Cours vom 14. Mai 1873.

5% Metalliques	66.50	Ungar. Grundbesatzungsobl.	76.50
5% mit Mai-u. Novem.-Zinsen	—	„ „ „	76. —
5% National Anlehen (Silber)	71.75	Siebenb. „ „	75.50
1860er Staats-Anlehen	96. —	Kroat.-Slav. „ „	90. —
Bankaktien	928. —	Silber „ „	109.50
Kreditaktien	290. —	R. I. Münz-Dukaten	—
Rendon	11.50. —	Napolcond'or	8.95

